

## Möglichkeiten der Regionalforschung - eine Untersuchung zur Spielhallenproblematik

Bührmann, Andrea D.; Kraner, Uwe; Rose, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bührmann, A. D., Kraner, U., & Rose, S. (1989). Möglichkeiten der Regionalforschung - eine Untersuchung zur Spielhallenproblematik. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 12(1), 78-83. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-39490>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Möglichkeiten der Regionalforschung – eine Untersuchung zur Spielhallenproblematik**

*Andrea Bührmann/Uwe Kraner/Stefan Rose*

Bundesweit findet seit geraumer Zeit eine meist hitzige und publikums-trächtige Auseinandersetzung mit den bereits sattem bekannten Argumentationsstrategien in den Medien und auf einschlägigen abendlichen Diskussionsveranstaltungen statt. Die Argumente rekrutieren sich entweder aus autobiographischen Berichten der betroffenen Spielsüchtigen, einer wohl als tendenziös zu bezeichnenden Auftragsforschung oder repräsentativen Erhebungen.

Die Studie "Groschengrab und Schuldenberg – Reportage über Spieler, Spielhallen und Kommunalpolitik"<sup>1)</sup> zeigt die Defizite der bisher herrschenden Diskussion auf oder – positiv formuliert – kann als ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit der Regionalisierung sozialwissenschaftlicher Forschung gelten.

Evident ist, das bundesweit angelegte repräsentative Untersuchungen kaum Entscheidungshilfen für betroffene regionale Akteure bieten. Hier setzt eine mit den lokalen bzw. dezentralen Besonderheiten vertraute Sozialforschung mit den ihr spezifischen Möglichkeiten an. Sie trägt dem Bedürfnis nach regionaler Information und damit letztendlich nach Entscheidungshilfen Rechnung.<sup>2)</sup> Regionalisierung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden der Anwendung auf regionale Konfliktfelder dienen in erster Linie der Hebung individueller Entscheidungskompetenzen hinsichtlich einer möglichen innovativen Politik sowohl der in der jeweiligen Region ansässigen Akteure (öffentliche Verwaltung, Parteien, Verbände, Initiativen und Gewerkschaften) als auch der Betroffenen.

Die AutorInnen intendieren eine regionalspezifische Problematisie-

---

1) Bührmann, Andrea/et al.: Groschengrab und Schuldenberg. Reportage über Spieler, Spielhallen und Kommunalpolitik. Münster 1988.

2) Vgl. zu diesem Problemkomplex: Hesse, J.J. (Hrsg.): Erneuerung der Politik "von unten"? Stadtpolitik und kommunale Selbstverwaltung im Umbruch. Opladen 1986 sowie Nevermann, K. (Hrsg.): Lokal 2000, Reinbek 1983.

rung der sogenannten Spielhallenflut im Raum Münster/Westfalen. Darüber hinaus lassen sich aber auch anhand einer Regionalstudie bundesweite Generalisierungen aufstellen – bei dieser spezifischen Problematik z.B. Forderungen an den Gesetzgeber und/oder sozialarbeiterische Institutionen – und in Handlungsanweisungen umsetzen. Vergleichbar den Enqueten des 19. Jahrhunderts zu sozialpolitischen Zwecken, den Vorläufern der empirischen Großstadtforschung, wurde eine Erkundung der objektiven Vorgegebenheiten des sozialen Phänomen durch Besichtigung an Ort und Stelle. Interviews mit Experten und lokalen Beamten, Anhörung der Parteien durch CeReS vorgenommen.<sup>3)</sup> Diese Ausweitung des Forschungsgegenstandes manifestiert sich nicht zuletzt auch sprachlich – es wurde weitgehend versucht dem einschlägigen soziologischen Diskurs zu enttrinnen und damit für die direkt betroffenen Spielsüchtigen, meist männliche Jugendliche bis 30 Jahre, vornehmlich aus der Unterschicht stammend, verständlich zu bleiben.

Die konkrete Untersuchung des Standorts Münster ergab. Um tendenzielle Aussagen über die BesucherInnen der Spielhallen in Münster zu machen, wurden stichprobenartig an vier Standorten der Stadt zu verschiedenen Tageszeiten Zählungen durchgeführt.

Die Besucherstruktur von Spielhallen stimmt mit den bisher bundesweit erhobenen Daten überein: während Frauen und Ausländer einen vergleichsweise geringen Prozentsatz darstellen, setzt sich das Gros der Besucher aus Männern im Alter zwischen 18 und 30 Jahren zusammen.

Bevorzugte Standorte der 42 Spielhallen in Münster sind der Bahnhofsbereich, große Ausfallstraßen und die räumliche Nähe zu Jugendheimen, Schulen und ähnlichen Institutionen oder Einrichtungen.

Die Zahl der manifest Spielsüchtigen nimmt in Münster stark zu. Laut Aussagen von Experten der Beratungsstellen beläuft sich diese in Münster zur Zeit auf ca. 3000 Personen mit zunehmender Tendenz. Eher niedrig geschätzt ist die Gruppe von 9000 Personen, die als Eltern, Kinder oder PartnerInnen indirekt Betroffene der Spielsucht sind; sie entspricht mehr als 3 % der Bevölkerung Münsters. Ausgehend von diesem Zahlenmaterial kann wohl kaum noch von einer unbedeutenden Minderheit Spielsüchtiger, die aufgrund ihrer originär-

3) Vgl. Pfeil, Elisabeth: Großstadtforschung. Entwicklung und gegenwärtiger Stand. Hannover 1972, S.56.

individuellen psychischen Problematik auffällig werden, seitens der Automatenindustrie gesprochen werden.<sup>4)</sup>

Bei Intensivinterviews mit Spielern, der Mitarbeiterin einer Beratungsstelle und einem Initiator von Selbsthilfegruppen – in Münster wird gerade die dritte Gruppe Anonymer Spieler gegründet – werden vornehmlich familiäre und berufliche Aspekte der Spieler, die Entwicklung von Spielerkarrieren und die Aufdeckung der Ursachen des exzessiven Spielverhaltens thematisiert.

Bemerkenswert ist, daß gerade jene Personengruppen "vor Ort" bisher meist in den einschlägigen Publikationen nicht zu Wort – hier wohl auch im wörtlichen Sinne zu verstehen – kommen. Fazit ist, daß von einer Abhängigkeit gesprochen werden kann, wenn in regelmäßigen Abständen mit steigendem Geldeinsatz und damit Verlust gespielt wird.

Obwohl exzessives Spielen als "nicht-stoffliche" Abhängigkeit klassifiziert wird, treten ähnlich den stofflichen Süchten klassische Entzugerscheinungen auf wie Nervenleiden, Herz-Rhythmusstörungen oder schweißnasse Hände.

Qua einer Inhaltsanalyse der lokalen Presse (Untersuchungszeitraum: 1.1.-1.10.1987) werden die Spielhallen- bzw. Spielsuchtproblematik und deren relevante Akteure in und für Münster analysiert. Auffallend ist die unterschiedliche Berichterstattung der beiden großen Zeitungen Münsters: Während die Münstersche Zeitung hauptsächlich die städtebaulichen Konsequenzen und mögliche Maßnahmen thematisiert (Stichwort: trading-down-Effekte), richtet sich das Interesse der Westfälischen Nachrichten verstärkt auf die Problematisierung der Spielsucht.

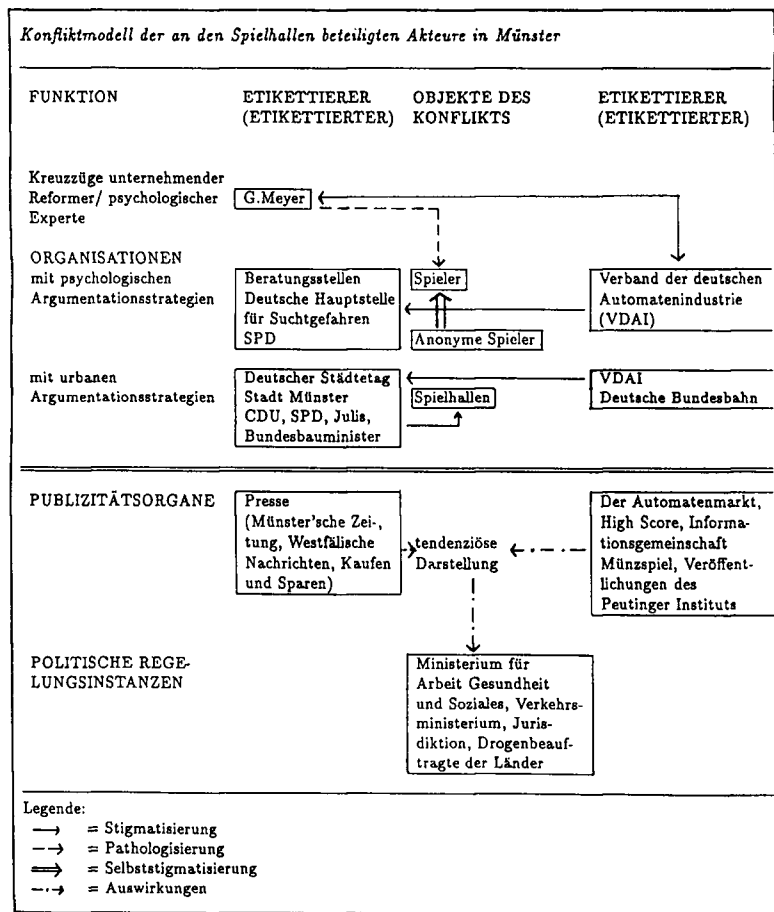
In Anlehnung einer konflikttheoretischen Erweiterung der Etikettierungstheorie<sup>5)</sup> konnte ein Modell der beteiligten Akteure erstellt werden.

Da ein relatives Machtgleichgewicht zwischen den diversen Akteuren angenommen werden kann – es werden weniger inhaltliche als viel-

4) Vgl. hierzu den Aufsatz von Herrn Warneke in: Demokratische Gemeinde, Die Zeitschrift für Kommunalpolitik, Bonn, 40. Jg.; Nr. 6 1988, S.14-16.

5) Vgl. Wagner, K.: Das Potential des labeling-approach. Versuch einer programmatischen Neueinschätzung. In: Kriminologisches Journal, 17. Jg. 1986, Heft 4, S.267.

mehr publikumswirksame Argumente ausgetauscht – stagniert die öffentliche Diskussion. Einen Schwerpunkt der Auseinandersetzung bildet die divergierende Konnotation der Begrifflichkeit "Freiheit des Individuums". Automatenindustrie und die Deutsche Bundesbahn, die im Bahnhof von Münster eine Spielhalle des gehobenen Bedarfs installieren will, argumentieren, daß das Spielen an Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeiten Ausdruck des natürlichen Spieltriebs der Menschen sei, sprich Ausdruck von Freiheit zu Spielen.



Meyer und die Anonymen Spieler demgegenüber betonen den Zwang zu spielen, sprich: Freiheit *vom* Spielen.

Aus der dualen Herangehensweise, Betrachtung der individuellen

Bedingungen der potentiellen und manifest Spielsüchtigen ohne Vernachlässigung allgemeingesellschaftlicher Faktoren, dieser regional-spezifischen Studie, ergibt sich für betroffene Handlungs- und Entscheidungsträger ein Forderungskatalog, der – und dies sei nochmals betont – unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen Faktoren und Bedingungen der zu untersuchenden Region allerdings auch für andere Kommunen/Gemeinden verwertbar ist. Zudem wird ein weiterer Vorteil regionaler Sozialforschung deutlich: Durch eine zentrale Forschungsstelle können Informationen der betroffenen Handlungsträger ausgetauscht und effektive und erprobte Maßnahmen übernommen werden.

Bei der Problematik 'Spielhallen' gibt das Beispiel der westfälischen Kleinstadt Borken durchaus Anlaß zur Hoffnung, da die Stadt die Öffnungszeiten einer Spielhalle in unmittelbarer Nähe einer vornehmlich von Jugendlichen frequentierten Einrichtung drastisch reduzieren konnte.

#### Forschung:

Die individuellten und gesellschaftlich-ökonomischen Bedingungen die zur Spielsucht führen müsse innerhalb der Ursachenforschung thematisiert werden. Die Interdependenzen zwischen Suchtmechanismen und den Spielsüchtigen dürfen nicht länger unbeachtet bleiben.

#### Prophylaxe:

Insgesamt muß die Vorbeugung gegen die Spielsucht verbessert werden. Eine unter Einbeziehung von Pädagogen effizientere Aufklärung in Schulen bzw. Jugendeinrichtungen ist wünschenswert. Als flankierende Maßnahmen sollte ein besseres Freizeitangebot für die Risikogruppen geschaffen werden. Diese fehlt beispielsweise in Münster ganz. Konkret heiße das für die Kommunen, nicht wie bisher auf die jeweils neueste Sucht zu harren, sondern gezielt und aktiv schon im Vorfeld Aktivitäten zu entwickeln.

Weiterhin sollten spezielle Beratungsstellen mit adäquat ausgebildetem Personal für Spielsüchtige institutionalisiert werden.

#### Kommunen:

Im Interesse der Stadt Münster und auch anderer Städte liegt es vermehrt rechtzeitig zu erstellender Bebauungspläne einer weiteren Zunahme der Spielhallen Einhalt zu gebieten. Auch die Erhöhung der Vergnügungssteuer könnte ein probates Instrument sein. Beide Maßnahmen werden zur Zeit für Münster in Angriff genommen; es bleibt

abzuwarten zu welchem Resultat dieses Vorgehen führt. Skepsis scheint angebracht, denn: Profite werden noch immer privatisiert, während die sozialen Kosten – in den USA errechnete Politzer<sup>6)</sup> für einen Spielsüchtigen einen Betrag von 60.000 US-\$ jährlich – noch immer gesellschaftlich getragen werden.

#### Rechtssprechung:

Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeiten in ihrer jetzigen Form sind unter den Tatbestand der Glücksspiele zu subsummieren.

Eine Alternative bestünde in der Rückstufung der oben genannten Geldspielgeräte bezüglich der Gewinn- und Verlustmöglichkeiten. Die zentrale Forderung besteht in der Anerkennung des exzessiven Spielens an Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeiten als Spielsucht. Dies bedeutet einerseits die Aufnahme in den Suchtkatalog und somit die Finanzierung von Therapien durch die Krankenkassen und andererseits in Strafprozessen eine Berücksichtigung der verminnderten Zurechnungsfähigkeit bei Spielsüchtigen im Kontext der Beschaffungskriminalität.

Ein Verbot der Werbung für Spielhallen als 'harmloses' Freizeitvergnügen ist langfristig eine weitere durchaus ins Kalkül zu ziehende Maßnahme.

#### AutorIn:

Centrum Regionale Sozialforschung  
c/o Andrea Bührmann / Uwe Kraner  
Bremer Straße 46-52  
4400 Münster  
Tel.:0251/67979

---

6) Vgl. Der Spiegel 42. Jg. 1988, Nr.6.